



Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag „Keine Jugendlichen verlieren – Kooperationen vor Ort unterstützen – Jugendberufsagenturen auf den Weg bringen“

Drucksache 18/ 2404 vom 30.10.2014

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit den weiteren beteiligten Akteuren Kooperationen im Land und vor Ort zu unterstützen, damit alle Jugendlichen eine Perspektive in eine Ausbildung finden. Dabei soll auch das Modell einer Jugendberufsagentur aufgegriffen und verfolgt werden.

1. Das Ministerium für Schule und Berufsbildung erarbeitet gemeinsam mit den Kommunen, der Agentur für Arbeit, den Kammern, dem UV Nord, dem DGB, den RBZ/beruflichen Schulen und den Trägern der Jugendhilfe ein Konzept, um den Übergang Schule - Beruf zu optimieren und rechtskreisübergreifende Kooperationen auszubauen. Basis ist der Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe zum Übergang junger Menschen von der Schule in Ausbildung und Arbeit. Es soll auch der Weg zur Einrichtung von Jugendberufsagenturen diskutiert werden.

Dabei wird mit den landesweiten und regionalen Akteuren in den Kreisen und kreisfreien Städten ausgelotet, **wie in zwei Modellkommunen - eine Modellkommune soll einen städtischen Charakter, eine Modellkommune einen ländlichen Charakter aufweisen** - in einer ersten Phase eine Jugendberufsagentur eingerichtet werden kann.

2. Das Ministerium für Schule und Berufsbildung **evaluiert die Ergebnisse** und berichtet dem Bildungsausschuss über die Ergebnisse.

Heike Franzen

Hans Hinrich Neve

Katja Rathje-Hoffmann

und Fraktion